

**Protokoll der 72. Sitzung der Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz vom 11. bis 12. November 2002 in Hannover**

**Zusammenfassung der Beschlüsse**

**TOP 3: Elektronischer Rechtsverkehr**

Die BLK nimmt den Zwischenbericht der Arbeitsgruppe "IT-Standards in der Justiz" zur Kenntnis. Die BLK bittet die Arbeitsgruppe "IT-Standards in der Justiz" mit dem KoopA-ADV Kontakt aufzunehmen, um die technische Führung, Betreuung und Integration des Grunddatensatzes für den elektronischen Rechtsverkehr mit seinen fachlichen Erweiterungen (XJustiz) unter Berücksichtigung anderer zentraler (XML-) Datensätze (z.B. XMeld) im Rahmen der geplanten Betreuungsstelle beim KoopA-ADV vorzubereiten. Der auf die Justiz entfallende Kostenanteil beträgt ca. 50.000 € pro Jahr, der nach dem Königsteiner Schlüssel auf die Landesjustizverwaltungen umgelegt wird. Das BMJ wird gebeten, die Frage einer Kostenbeteiligung zu prüfen. Die Arbeitsgruppe "IT-Standards in der Justiz" wird beauftragt, die genauen Kosten, die Leistungsbeschreibung und die vertraglichen Rahmenvorgaben mit dem KoopA-ADV zu klären und der BLK vor der nächsten Sitzung zur Abstimmung vorzulegen.

**TOP 4: Automation des Handelsregisters**

Die Arbeitsgruppe „Maschinell geführte Register“ wird beauftragt, ein Feinkonzept einschließlich eines Prototypen zum Handelsregisterportal bis zu nächsten Sitzung der BLK im Frühjahr 2003 zu erarbeiten.

**TOP 6: Internetveröffentlichungen von Insolvenzmitteilungen**

Die Arbeitsgruppe „Elektronische Veröffentlichungen gemäß der Insolvenzordnung“ wird beauftragt, die Arbeiten fortzusetzen und über die Ergebnisse zum Web-Formular, DTD-Schema und der Möglichkeit der Verwertung des juris-Tools zur nächsten BLK-Sitzung zu berichten.

Die Länder benennen gegenüber der Landesjustizverwaltung Bayern binnen zwei Wochen jeweils einen Ansprechpartner.

<p style="text-align: center;"><b>Protokoll der 72. Sitzung der Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz vom 11. bis 12. November 2002 in Hannover</b></p>
<p style="text-align: center;"><b>Zusammenfassung der Beschlüsse</b></p>

**TOP 15: Notfallplanungen für Justizverfahren**

Es wird eine Arbeitsgruppe mit Vertretern der Länder Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt, Sachsen, Bremen, Thüringen, Hessen und Niedersachsen eingerichtet. Den Vorsitz übernimmt die Landesjustizverwaltung Sachsen-Anhalt. Als Arbeitsauftrag wird die Istanalyse bzgl. des Totalverlusts von Rechenzentren, festgelegt. Dabei soll die Fragestellung betrachtet werden, welche Vorkehrungen getroffen wurden und was in Einzelfällen noch zu tun ist, um einen möglichst einheitlichen Standard zu erreichen. Die Arbeitsgruppe soll zur nächsten Sitzung der BLK über die erzielten Arbeitsergebnisse berichten. Die BLK beschließt weiterhin, dass für den heutigen Stand der IT-Entwicklung die bestehenden Arbeitsgruppen der BLK als ausreichend betrachtet werden. Soweit künftig ein weiterer Bedarf besteht, wird die Zusammenarbeit punktuell verstärkt.

**TOP 16: Verschiedenes**

Die BLK nimmt die Einladung von Österreich nach Wien dankend an. Die Sitzung soll am 04. und 05. Mai 2003 stattfinden. Die Mitglieder der BLK werden gebeten, innerhalb der kommenden drei Wochen in ihren Häusern klären, ob Bedenken gegen die Durchführung einer turnusmäßigen Sitzung in Wien bestehen. Für den Fall, dass nicht alle Mitglieder der BLK teilnehmen können, wird mit Rücksicht auf die Tatsache, dass vollzählige Anwesenheit bei den Beratungen wichtig ist, Schleswig-Holstein gebeten, die Sitzung auszurichten. Andernfalls wird Schleswig-Holstein für die 74. Sitzung im November 2003 vorgemerkt.